

Ärzte und Arbeiter gemeinsam gegen Blanks Krankenkassenraub

Westdeutsche Sozialversicherung unter Druck der Atomrüstung / Der Widerstand wächst



Krankenkassenreformer Blank: „Ersz zahlen!“ „Westfälische Rundschau“

Schon jetzt:

In einem Hamburger Krankenhaus ringen die Ärzte um das Leben der 18jährigen Postangestellten Gudrun Wegner. Sie war mit einer schweren Erkältung und hohem Fieber solange zur Arbeit gegangen, bis sie Anfang Februar zusammenbrach. Sie wollte nicht krank „feiern“, weil sie die Kündigung fürchtete.

„Sie dürfen vorläufig nicht krank werden!“ hatte ihr der Personalchef gedroht. Und von der Oberpostdirektion hatte sie ein Schreiben bekommen: „Wir weisen darauf hin, daß Sie mit der Kündigung Ihres Dienstverhältnisses zu rechnen haben, wenn sich Ihr Gesundheitszustand in Zukunft nicht erheblich bessert.“

Der Gesundheitszustand besserte sich nicht. Nun hat die junge Angestellte eine schwere Lungenentzündung und schwebt in Lebensgefahr.

Einstimmiger Protest:

Einstimmig lehnten die Teilnehmer des westdeutschen Außerordentlichen Aertztetages am 10. Februar in der Paulskirche den Entwurf des Bonner Raubgesetzes ab.

Die Meinung der überwiegenden

Bonn-Schilda: Den Rest trägt im Krankheitsfalle der Lohnempfänger selbst.

Aus: „Mitarbeiterzeitung“ (Westzone)

Zahl aller Aertze drückt Prof. Dr. med. Kurt Gräbe auf einer Protestkundgebung der Hamburger Aertzeschaft mit den Worten aus: „Der Gesetzentwurf ist ein Anschlag auf die Erkenntnisse der Wissenschaft.“

Schon über 70 000 Mitglieder der IG Metall Stuttgart haben ihre Unterschrift unter eine Erklärung gesetzt, in der das Blanksche Raubgesetz zurückgewiesen wird.

Die 800 Arbeiter der Tagesschicht der Ilo-Rockwell-Werke in Pinneberg

Das will Bonn:

● Jeder Sozialversicherte zahlt für jede ärztliche Leistung 1,50 D-Mark bar.

● Für jede Arznei im Werte bis zu einer Mark trägt der Patient die Kosten. Für Rezepte im Werte bis fünf Mark muß er eine Mark, für jede Mark darüber zehn Pfennig bezahlen bis zum Höchstbetrag von drei Mark.

● Für die Krankenhauspfege muß jeder Versicherte einen Betrag von 1 bis 3,30 D-Mark zahlen.

● Für die ersten beiden Krankheitsstage wird kein Krankengeld mehr bezahlt.



(Schleswig-Holstein) haben am Donnerstagabend geschlossen die Arbeit niedergelegt. Eine Stunde lang protestierten sie mit diesem Warnstreik gegen die Absicht Bonn, der westdeutschen Bevölkerung durch die sogenannte Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten weitere Rüstungslasten aufzubürden.

Mit mehr als 21 500 Unterschriften haben die Werktätigen des IG-Farben-Konzern-Betriebes Badische Anilin- und Sodafabriken (BASF) in Ludwigshafen die Blanksche unsoziale Krankenkassenreform abgelehnt.

Demgegenüber in der DDR:

Die jährlichen Leistungen der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten stiegen in den letzten drei Jahren von 5094 Millionen DM auf 6853 Millionen DM. Das ist eine Erhöhung um 34,5 Prozent bei gleichbleibenden Beitragssätzen von 10 Prozent des versicherungspflichtigen Verdienstes. Unser Arbeiter- und Bauern-Staat zahlte in diesen drei Jahren rund 2,3 Milliarden DM an Zuschüssen. Hinzu kommen noch bedeutende Summen für die Versicherten des Mittelstandes.

Im Siebenjahrplan werden die vorhandenen gesundheitlichen Einrichtungen nach den neuesten Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaften modernisiert. Außerdem entstehen 30 Polikliniken, mehr als 260 Ambulatorien und 130 staatliche Arzt- und Zahnarztpraktiken.



Minister Blank, der Bonner Aesku-lap: „Zur Kasse bitte!“

Aus: „Neues Deutschland“

Erfüllt von tiefer Verantwortung für das Schicksal der deutschen Nation forderten Regierung und Volkskammer der DDR auf der letzten Volkskammertagung erneut den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und die damit verbundene Lösung der Westberlinerfrage.

Die Lösung der Westberlinerfrage ist um so dringender, als die Bonner und Westberliner Südensriede unter völliger Mißachtung der realen Lage und selbst der Ereignisse der Genfer Außenminister-Konferenz verstärkt die absurde und anmaßende Forderung nach Einverleibung Westberlins in die Bundesrepublik erheben. Sie bezwecken damit nichts anderes, als Westberlin völlig ihrer Atomkriegs-Strategie unterzuordnen, und torpedieren bisher die geringsten Anzeichen einer Verständigung zwischen den Großmächten über die Bereinigung der anomalen Lage in Westberlin. Entscheidend für die Regelung auch des Westberlinproblems sind jedoch nicht die subjektiven Wünsche einiger unverbesserlicher Kriegstreiber, sondern der Wille und die Interessen des deutschen Volkes. Dies wird auch in einer bedeutsamen Erklärung der Sowjetunion an den Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, zur Westberlinerfrage unterstrichen, in der die sowjetische Regierung noch einmal mit allem Nachdruck auf die dringende Notwendigkeit hinweist, Westberlin aus einem gefährlichen Provokationsherd in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu verwandeln.

Seit einem Jahr haben die Sowjetunion und die DDR mit wahrhaft bewunderungswürdiger Geduld die vielfältigsten Möglichkeiten ausgeschöpft und das größte Entgegenkommen gezeigt, um durch Verhandlungen die strittigen Fragen friedlich zu lösen. Auf der Außenminister-Konferenz nahm die Westberlinerfrage gleichfalls breiten Raum ein. Damals

Universitätszeitung, 24. 2. 60, Seite 2

waren die Westmächte gezwungen, sich von der Bonner These, Westberlin sei ein Teil der Bundesrepublik, zu distanzieren und anzuerkennen, daß die gegenwärtige Situation in Westberlin anomal ist und der Regelung durch Verhandlungen bedarf.

Zweifellos wäre der territoriale Lage Westberlins auf dem Gebiet der DDR ebenso wie der Rechtslage am meisten entsprochen, wenn durch den Abschluß eines Friedensvertrages auch das längst überholte und bereits seit langem völkerrechtswidrige Besatzungsregime in Westberlin hinweggefegt und die Spaltung Berlins als der Hauptstadt der DDR aufgehoben würde. Eine solche Regelung enthielte auch die wirkungsvollste Garantie für die restlose Beseitigung Westberlins als Pulverfaß inmitten der DDR. Angesichts der tatsächlichen Lage fordern wir jedoch nicht eine solche Regelung. Den einzig realen Ausweg aus der komplizierten Situation wies die Sowjetunion mit dem Vorschlag der Bildung einer Freien Stadt Westberlin, wie er auch in den Friedensvertragsentwurf aufgenommen wurde. Die Regierung der DDR hat sich im Interesse der Sicherung des Friedens mit diesem Kompromißvorschlag einverstanden erklärt.

Leider erwecken die bisherigen Verhandlungen den Eindruck, daß auch die Westmächte sich nicht mit dem notwendigen Ernst für erfolgreiche, dem Frieden dienende Verhandlungen einsetzen, sondern diese Verhandlungen hinauszögern und dadurch den Bonner Revanchisten die Möglichkeit schaffen, ungestört atomar aufzurüsten und den geplanten Aggressionskrieg gegen die DDR und die anderen sozialistischen Staaten vorzubereiten. Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung in Westdeutschland ist es an der Zeit, daß

auch die Westmächte sich darüber klar werden, daß weder die Sowjetunion noch die DDR zulassen werden, die Lösung der Westberlinerfrage noch länger zu verzögern. Deshalb fordert die Sowjetunion in ihrer jüngsten Erklärung neben dem Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten auch die notwendigen Schritte zur Bildung einer Freien Stadt Westberlin. Dabei kommt sie den Westmächten und der westdeutschen Regierung erneut entgegen, indem sie eine stufenweise Entmilitarisierung Westberlins vorschlägt.

Mit großem Nachdruck betont die Sowjetregierung jedoch — ebenso wie unser Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Volkskammer —, daß sich die Sowjetunion im Falle weiterer ergebnisloser Verhandlungen veranlaßt sehen wird, gemeinsam mit anderen interessierten Staaten nur mit der DDR einen Friedensvertrag abzuschließen. Damit würde auch automatisch eine neue Situation in bezug auf Westberlin geschaffen, denn der Friedensvertrag enthielte auch völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen über Westberlin. In erster Linie wäre, nachdem zwischen der DDR und den anderen Partnern des Friedensvertrages ein Schlußstrich unter den vergangenen Krieg gezogen wurde, allen Versuchen, den Verbleib der westlichen Besatzungstruppen in Westberlin zu rechtfertigen, der Boden entzogen. Die DDR würde durch den Abschluß eines Friedensvertrages endgültig befreit sein von allen Verpflichtungen aus den Vier-Mächte-Vereinbarungen nach 1945. Somit würde die DDR in der Lage sein, ihre volle Souveränität über ihr Territorium und ihren Luftraum auszuüben. Zur Regelung der Verkehrsverbindungen der westlichen

Prof. Dr. W. Oelßner, Direktor der Radiologischen Klinik:

Eine große Zukunft

„Universitätszeitung“: Welche Bedeutung messen Sie der stattgefundenen Gesundheitskonferenz in Weimar und dem dort beratenen Perspektivplan zur Entwicklung der medizinischen Wissenschaft und des Gesundheitswesens in der DDR bei?

Prof. Dr. Oelßner: Zunächst muß gesagt werden, daß mich diese Beratung, in deren Verlauf Mitarbeiter der verschiedensten Kreise des Hochschul- und des Gesundheitswesens zu Wort kamen, in der die Hochschulprofessoren über die Probleme der Schwestern und der praktischen Aertze und die Besonderheiten des öffentlichen Gesundheitswesens informiert wurden, diese Kreise wiederum einen Einblick in das medizinische Hochschulwesen erhielten, außerordentlich beeindruckt hat. Es war ein echter Erfahrungsaustausch, der das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens und der medizinischen Wissenschaft förderte.

Der auf der Konferenz beratenen Perspektivplan eröffnet dem Gesundheitswesen eine große Zukunft. Was mich besonders erfreute, war ein Beschluß der Regierung, in den nächsten Jahren in einigen Städten strahlentherapeutische Zentren zu schaffen und damit die Möglichkeit zu geben, mit den neuen energiereichen Strahlen zu behandeln. Es erscheint wohl verständlich, wenn ich hoffe, daß auch in Leipzig ein solches Zentrum eingerichtet wird.

„Universitätszeitung“: Welche Erfahrungen vermittelte die Konferenz über die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in Einrichtungen des Gesundheitswesens?

Prof. Dr. Oelßner: Hier gab es zwei hervorragende Erscheinungen. Einmal war es der Bericht eines Mitarbeiters aus Halberstadt, wo es gelungen ist — dank der gemeinsamen Bemühungen aller Mitarbeiter des dortigen Gesundheitswesens und der Mithilfe der Bevölkerung und verschiedener gesellschaftlicher Organisationen —, ein Zweigkrankenhaus zu errichten, für dessen Bau zunächst keine Möglichkeit zu sehen war. — Zum anderen vermittelte eine Schwester aus Auerbach erste interessante Erfahrungen über die Arbeit der Jugendbrigaden im Gesundheitswesen und eine in Auerbach eingerichtete Jugendstation.

„Universitätszeitung“: Wie beurteilen Sie den Gesetzentwurf der Bonner Regierung zur sogenannten Reform der sozialen Krankenversicherung?

Prof. Dr. Oelßner: Ich betrachte ihn als eine außerordentlich unsoziale Maßnahme, die den Unbemittelten am härtesten trifft, also den, der den Schutz der Krankenversicherung eigentlich am notwendigsten braucht. Eine besonders bedenkliche Konsequenz sehe ich dabei hinsichtlich der Prophylaxe, die so zwangsläufig zu kurz kommen muß. Der Gesetzentwurf ist sicher nicht geeignet, in jedem Menschen das Verantwortungsbewußtsein für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit zu wecken, im Gegenteil, dringende notwendige vorbeugende Maßnahmen werden so unmöglich gemacht. Die Krankheit wird zum Geschäft herabgewürdigt.

In memoriam Prof. Dr.-Ing. F. Bergmann

Nach schwerem Leiden verstarb am 15. 2. 1960 Herr Dr.-Ing. Friedrich Bergmann im 70. Lebensjahr, emeritierter Professor mit vollem Lehrauftrag, ehemaliger Direktor des Instituts für Landwirtschaftliches Bauwesen und Dorfgestaltung der Karl-Marx-Universität und ordentliches Mitglied der Deutschen Bauakademie Berlin.

Mit ihm verlor das landwirtschaftliche Bauwesen einen seiner letzten Altmeister. Um Prof. Bergmann trauert ein großer Kreis von Landwirten und Architekten. Durch seine Persönlichkeit und Begeisterungsfähigkeit weckte er bereits an der Technischen Hochschule Dresden bei den jungen Studierenden die Liebe zum landwirtschaftlichen Bauwesen und vermochte auch ihr späteres Wirken an diesen einst bedeutungslosen Zweig der Architektur zu binden. Dies gelang ihm nicht nur als beliebter Hochschullehrer, sondern vor allem auch deswegen, weil er als praktisch tätiger Architekt, als hervorragender Spezialist für ländliches Bauwesen und Gestalter weithin bekannt war. In seinem gesamten baulichen Schaffen stand die Sorge um Mensch und Tier an erster Stelle.



Prof. Bergmann studierte an der Technischen Hochschule Dresden. Als Bausachverständiger der Landwirtschaftskammer für das Land Sachsen seit 1926 wurde er 1932 Privatdozent für das ländliche Bau- und Siedlungswesen an der Technischen Hochschule Dresden und erwarb sich große Verdienste. 1941 wurde er zum außerordentlichen Professor berufen. Zugleich setzte er seine immer wieder erhobene Forderung, das ländliche Bau- und Siedlungswesen zum Pflichtfach zu erheben, durch.

Ab 1945 beeinflusste er als Landes-Bausachverständiger der VdGB und der damaligen VVMAS des Landes Sachsen das Bauen im Zuge der demokratischen Bodenreform. Die von ihm entwickelten Typen für Neubauernhöfe und MAS wurden als verbindlich bzw. beispielhaft erklärt. Er betreute den Aufbau von etwa 90 MAS und baute in eigener Praxis über 120 Neubauerngehöfte.

Gemeinsam mit Landwirtschaftsrat Ohi erkannte Prof. Bergmann frühzeitig die Vorzüge der Offenstallhaltung für Rinder. Sein Wirken in der Deutschen Bauakademie galt daher ganz besonders der Propagierung und Realisierung dieses Gedankens, der im übrigen der von ihm geforderten Entwicklung industrieller Baumethoden entgegenkam.

1951 berief die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig Herrn Prof. Bergmann als Professor mit vollem Lehrauftrag für das Fach Agrarsiedlungswesen. Den Erfordernissen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft entsprechend ging hieraus das Fach landwirtschaftliches Bauwesen hervor. Prof. Bergmann konnte nun sein stetes Bemühen um das Zusammenwirken von Landwirt und Landbauer schon bei der Ausbildung der jungen Diplomlandwirte verstärkt fortsetzen.

Seiner universellen Auffassung von der Architektur entsprach es durchaus, wenn er sich auch Problemen städtebaulicher Gestaltung widmete. Die von ihm in den letzten Jahren verfaßten kritischen Veröffentlichungen fanden bei der Neugestaltung verschiedener Großstadtzentren Beachtung.

Herr Prof. Dr.-Ing. Bergmann hatte trotz seines vorgeschrittenen Alters noch viele Pläne. Sehr unerwarteter Tod setzte seinem Wirken ein vorzeitiges Ende.

Elfriede Sähre

Wiss. Assistentin am Institut für Staats- und Rechtstheorie der Juristenfakultät

Was wird nun aus Westberlin?

Besatzungstruppen zwischen Westdeutschland und Westberlin wäre die DDR dann der einzige Verhandlungspartner, der auf Grund und im Interesse seiner Souveränität über das Territorium der DDR zu durchfahren oder zu überfliegen, verhandelt.

In welchem Tempo und unter welchen konkreten Bedingungen sich die Liquidierung des Kriegsherdes Westberlin dann vollzieht, wird in entsprechendem Maße davon abhängen, wie der Kampf des deutschen Volkes um die Herstellung eines freien Westberlins die notwendigen Verhandlungen beeinflusst. Selbstverständlich wird sich die Regierung der DDR wie bisher bei allen sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Maßnahmen in bezug auf Westberlin vom Grundsatz der Erhaltung des Friedens leiten lassen. Deshalb stünde auch nach Abschluß dieses Vertrages der Kampf um die Schaffung einer Freien Stadt Westberlin, über deren Sonderstatus und seine Garantierung genügend Erklärungen der Sowjetunion und der DDR abgegeben wurden, im Vordergrund.

Gegenwärtig kommt es jedoch nach wie vor darauf an, den Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die sich aus einem solchen Vertrag ergebende Regelung der Westberlinerfrage zu verstärken. Setzen wir all unsere Kraft ein, daß die bevorstehende Gipfelkonferenz Beschlüsse faßt, die der Lösung dieser Fragen und damit der Erhaltung des Friedens in der Welt dienen!